

Gomulka brachte keine Versöhnung

Ideologischer Streit nicht durch Händedruck zu beenden

Der Ostberliner Staatsbesuch des polnischen Parteichefs und antistalinistischen Rebellen Gomulka hat die SED veranlaßt, die Dinge so darzustellen, als sei nun der von Ulbricht entfesselte Bruderzwist im kommunistischen Lager beider Völker beendet. Der Händedruck, den die beiden KP-Führer tauschten, wurde von der SED-Presse mit optimistischen Schlagzeilen kommentiert. Was aber ist wirklich geschehen? Warum kam Gomulka nach Berlin, was wurde besprochen und was blieb für die SED dabei zurück? Gomulka, der von stalinistischen Systemen eingekreiste polnische „Tito“, ging nach Ostberlin, und zwar unter starkem sowjetischen Druck. Aber weder die SED noch Ulbricht haben von diesem Besuch des eigenwilligen Nationalkommunisten profitiert ...

Drei Dinge erwarteten die Sowjets von Gomulka:

1. Er sollte mit Ulbricht ideologischen Frieden schließen. Ulbricht sollte sich formell bei Gomulka entschuldigen, dafür mußte dieser eine Erklärung abgeben, die den seit der polnischen Revolution wieder nach vorn drängenden ostdeutschen „Titoisten“ den Boden entziehen sollte.

2. Gomulka sollte durch freundschaftliche Gespräche das auf Grund der Warschauer Verträge bestehende Militärbündnis zwischen Pankow und Warschau unterstreichen und durch entsprechende Erklärungen gegen die Bundesrepublik das Funktionieren des Warschauer Paktes beweisen.

3. Die Sowjets erhofften sich von einem Besuch Gomulkas in der Zone die Klärung strittiger Wirtschaftsfragen, die gegenwärtig die gesamte übergeordnete Planung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ gefährden. Ist Gomulka aber diesen Wünschen gefolgt?

Jubel gegen Ulbricht

Der Jubel, mit dem Gomulka beispielsweise in Lauchhammer empfangen wurde, mußte als eindeutige Demonstration gegen Ulbricht gewertet werden. Weder Bulganin noch Chruschtschow waren so von der Masse der aufmarschierten SED-Mit-

glieder empfangen worden. Das ist auch der Grund, aus dem die DEFA wesentliche Szenen dieses Lauchhammer-Besuches aus ihrer Wochenschau streichen mußte.

Weiter: In der SED hat man Gomulkas Auftritt in Ostberlin nicht als Triumph, sondern als eindeutige Niederlage Ulbrichts erkannt. Die vom SED-Zentralorgan dementierte Entschuldigungsrede Ulbrichts hat es tatsächlich gegeben. Ostberlins Kommunisten aber sahen die Sache so: Jener Mann, den Ulbricht und die gesamte SED-Presse im Oktober und November vergangenen Jahres als halben Verräter beschimpften, kam jetzt in die Sowjetzone und mußte in zahllosen Staatsakten von der gesamten SED-Regierung hofiert und geschmeichelt werden. In Parteikreisen war das eine Sensation, die nur mit jener zu vergleichen gewesen wäre, wenn Tito im Jahre 1950 zu einem ähnlichen Besuch in die Zone gekommen wäre!

Keine Pakt-Freunde

Der zweite Punkt: Gomulka hat die Absicht der Sowjets, auch eine militärpaktfreundliche Geste in diesen Staatsbesuch mit einzuschließen, durchkreuzt, indem er vorsichtshalber erst gar keinen Vertreter der polnischen Wehrmacht oder des Warschauer

Verteidigungsministeriums mit nach Ostberlin brachte. Er flocht zwar einige Bemerkungen über das Bemühen um einen sogenannten „Ostseepakt“ ein, aber sowohl Gomulka als auch Ulbricht wissen, daß dieser Floskel keine Realität inneohnt. Weder Norwegen noch Finnland oder Schweden haben Lust, sich mit Polen und der Sowjetzone auf Beistandspakte einzulassen.

Den Affront gegen die Bundesrepublik, den Moskau gefordert hatte, kompensierte Gomulka in geschickter und von der SED-Führung offen mißbilligter Weise: Er gab Ulbricht in allem, was dieser dazu sagte, recht, aber erklärte gleichzeitig, Polen wünsche absolut gutnachbarliche Beziehungen auch mit der Bundesrepublik. Keinesfalls tat er Ulbricht den Gefallen, die „DDR“ als „deutschen Staat“ anzuerkennen.

Ohne Ergebnis

Die Wirtschaftsverhandlungen aber blieben ohne jedes Ergebnis. Als Gomulka Ostberlin verließ, eilten seine Begleiter stehenden Fußes zu der sofort zusammentretenden Tagung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ in Warschau, um hart und erbittert die polnischen Wirtschaftsbedingungen gegenüber der Sowjetzone zu vertreten. Drei Tage lang wurde anschließend in Warschau erbittert gerungen, und die Polen gaben in keinem Punkte nach. Pankow muß polnische Steinkohle zum Weltmarktpreis bezahlen, es muß dulden, daß die Polen sein Exportprivileg für bestimmte Waren brechen, und es kann alle Hoffnungen begraben, in absehbarer Zeit zu gemeinsamer Wirtschaftsplanung mit Warschau zu kommen.

J. B. Gradl:

Wer stört eigentlich?

Die Abrüstungsverhandlungen in London sind im Laufe der Zeit zu einer Spezialwissenschaft geworden. Zu viele Vorschläge sind vorgebracht, abgelehnt, wieder hervorgeholt, abgewandelt worden. Daß es bisher nicht zur Abrüstung gekommen ist, liegt nicht an dem Mangel an Abrüstungsplänen, ebenso wie das bisherige Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung nicht an dem Mangel an Wiedervereinigungsplänen liegt. Die Abrüstung ist ausgeblieben, weil man sich über Kombination, Reihenfolge und Zeitpunkte der möglichen Abrüstungstechniken nicht einigen konnte. Diese Einigung wiederum wurde verhindert durch das beiderseitige Mißtrauen, von der Gegenseite getäuscht, mißbraucht, in eine Falle gelockt und überspielt zu werden. Daß dem Westen genügend Anlaß zu Mißtrauen durch die Sowjetpolitik seit 1944/45 gegeben worden ist, ist bekannt.

In diesen Tagen nun sieht die Welt mit bemerkenswerter Zuversicht auf das Abrüstungsgespräch. Insbesondere USA-Stimmen sind optimistisch. Es ist schwer zu erkennen, ob die amerikanische Zuversicht bereits auf voller Überzeugung beruht, daß diesmal ein erster Abrüstungsschritt gelingt. Oder ob Zweckoptimismus den Weg erst öffnen helfen soll. Jedenfalls strebt die amerikanische Politik ungeachtet interner Meinungsverschiedenheiten sehr entschlossen auf ein erstes Abkommen hin. Sie fühlt sich dabei getragen von der öffentlichen Meinung ihres Landes, die beunruhigt ist durch die düsteren Perspektiven eines atomaren Wettrüstens und einer Verseuchung der Atmosphäre. Die Wissenschaftler streiten noch miteinander. Aber allein schon die Möglichkeit, daß die Gefahren der Radioaktivität zu groß sind, bewegt mit Recht das allgemeine Denken und die Politik. Es wäre ein großer

Erfolg für die Menschheit, wenn in einem fairen Abkommen zunächst wenigstens ein kontrollierter Stopp für Versuchsexperimente erreicht würde. Das gerade ist der Punkt, der jetzt in London im Vordergrund steht.

Nicht ohne Entspannung

Wenn der einzelne Sowjetrusse genügend Einblick in diese Fragestellungen hat, wird er genauso entschlossen einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen wünschen wie jeder Bürger in den USA oder sonstwo. Leider bleibt die Meinung des Sowjetbürgers nur seine private Meinung, denn die öffentliche Meinung seines Landes wird von oben gemacht, genauso wie der Einblick begrenzt wird, den er in die Zusammenhänge bekommt. Damit ist nicht gesagt, daß der Kreml einen Abrüstungserfolg nicht will. Die Männer oben wissen wahrscheinlich genau Bescheid, was auf dem Spiel steht. Und wenn man in solcher Frage von Dringlichkeitsgraden sprechen darf, dann braucht die Sowjetunion die Abrüstung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen sicherlich dringender als der Westen. Aber die sowjetischen Politiker sind nicht dem Drängen einer ungedulden öffentlichen Meinung ausgesetzt. Das erleichtert ihre taktische Verhandlungsposition und erschwert die ihrer westlichen Verhandlungsgegner. Auch aus diesem Grunde ist es kein Schaden, daß dem offenbar etwas draufgängerischen amerikanischen Verhandlungsführer Stassen ein Berufsdiplomat beigegeben worden ist.

Wenn man in einer so lebenswichtigen Frage wie der Abrüstung auf die Gefahren von Überreilung und Zeitdruck hinweist, so kann das mißdeutet werden. Aber es hängt zuviel davon ab, ob die Abrüstung mit der rechten Zeitfolge und in der richtigen Verbindung mit den weltpolitischen Notwendigkeiten zuwege gebracht wird. Die Abrüstung kann nicht als ein Ding an sich betrachtet werden. Um Frieden und Sicherheit wirklich zu gewinnen, muß die militärische Abrüstung von politischer Entspannung begleitet werden. Das aber erfordert

eine Beseitigung der Konfliktherde, die durch die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches auf andere Völker entstanden sind. Der deutsche Fall ist deutlich genug.

Um solche Zusammenhänge weiß man auch in Moskau Bescheid. Die kommunistische Propaganda brachte schnell ein Gegenargument: wer jetzt die Freigabe Mitteldeutschlands oder einer anderen sowjetischen Machtposition fordert, der „stört“ die Abrüstung. Dabei spricht man von Abrüstung, meint aber den sowjetisch-bestimmten Status quo. Soweit es um Mitteleuropa geht, ist es die Bundesrepublik und zumal die Bundesregierung, die man in das schlechte Licht eines Störenfrieds bringen will, — wobei die Kommunisten auch auf kurz-sichtiges Denken im Westen spekulieren.

Die deutsche Hartnäckigkeit

Der deutsche Anspruch, über der Abrüstung die Wiedervereinigung nicht zu vergessen — das berühmte Junktim —, erfordert in dieser Situation für seine Geltendmachung eine optimale Verbindung von Hartnäckigkeit, und Geschick. Hartnäckigkeit, damit die deutsche Frage auf dem Tisch bleibt, Geschick, damit sie in den internationalen Abrüstungsgang weder zu früh noch zu spät eingeordnet wird. Nicht zu früh, damit nicht der Beginn einer notwendigen Entwicklung aufgehalten wird. Die Gefahr des „zu spät“ aber wäre, daß die Sowjetunion ein Entgegenkommen nicht mehr für notwendig hält, weil der etwaige tatsächliche Fortschritt allgemeiner Abrüstung ihr genügend Entlastung und Sicherheit gebracht hat. Abrüstung bedeutet Verminderung der militärischen Macht, der eigenen, aber auch der gegnerischen Seite. Je weiter die Abrüstung voranschreitet, um so weniger muß mit der Macht des anderen gerechnet werden. Was aber könnte dann in absehbarer Zeit die Sowjets dazu bringen, innegehaltene Positionen freizugeben? Sowjetpolitik ist vom Machdenken bestimmt; das Recht ist für sie kein sehr eindrucksvolles Überzeugungsmittel — wie das ungarische Beispiel noch kürzlich

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Pekinger Regime unter Beschuß

Professor Ko verurteilt den Kommunismus

Hongkong (AP). Die Rede des rotchinesischen Staatspräsidenten Mao Tse Tung vor dem Zentralkomitee der KP hat im ganzen Land Verwirrung hervorgerufen und eine Welle der Kritik am Regime ausgelöst. Die bisher schärfste Verurteilung ist in zwei Artikeln des Pekinger Professors Ko enthalten, die jetzt von der Pekinger Volkszeitung veröffentlicht wurden.

Kommunisten zu erschlagen und die Regierung zu stürzen, so heißt es in der Erklärung des Wissenschaftlers, könne nicht länger als unpatriotisch bezeichnet werden, denn die Kommunisten dienten nicht mehr dem Volke. Die kommunistische Führerschaft habe das Vertrauen der chinesischen Massen verloren, da sie sich in den vergangenen acht Jahren heimtückisch benommen habe. Das chinesische Volk juble gern einem neuen Herrscher zu, setze ihm aber schon bald Widerstand entgegen, wenn er

Ungarn-Anklage erregt Ostblock

Nehru: Es war eine echte Volkserhebung

Berlin (AP/DPA). Die Anklage, die in dem Ungarn-Bericht der Vereinten Nationen enthalten ist, hat in den Ostblockstaaten, vor allem in Budapest und Moskau, lebhafte Erregung hervorgerufen, zumal der indische Ministerpräsident Nehru unabhängig von dem Bericht den Aufstand in Ungarn als eine der „größten Tragödien unserer Zeit“ bezeichnet hat. In einer Pressekonferenz, die Nehru vor seinem Abflug nach Stockholm in Oslo gab, betonte der indische Ministerpräsident, er habe zwar den UN-Bericht noch nicht lesen können, wisse jedoch, daß es sich in Ungarn „im großen und ganzen um eine nationale Erhebung gehandelt hat, die von sowjetischen Truppen unterdrückt wurde“.

Radio Moskau erklärte in einem Kommentar, es gebe gar keine wirkliche ungarische Frage, sondern nur eine künstlich erzeugte. Der Bericht der Vereinten Nationen sei ein Versuch der USA, sich unter der Flagge der UN in die inneren Angelegenheiten Ungarns einzumischen. Das Budapest-Gewerkschaftsorgan „Nepakarat“ nennt den Bericht eine „grobe Beleidigung des ungarischen Volkes“, die lediglich der Rein-

waschung der faschistischen Verbrecher zum Ziele habe, die im Herbst des Vorjahres die Konterrevolution angezettelt hätten.

Gleichzeitig mit der Diskussion über den Bericht der Vereinten Nationen hat auch die Rede des rotchinesischen Staatschefs Mao Tse Tung über die Notwendigkeit einer freien Diskussion in den Ostblockstaaten ein lebhaftes Echo gefunden. Das ungarische KP-Zentralorgan „Nepszabadsag“ mißt der Rede eine „überragende ideologische, theoretische und praktische Bedeutung“ bei, zumal sie aus den Lehren des ungarischen Herbstaufstandes entwickelt worden sei. Man müsse die Lehre Maos jedoch nicht schematisch nachahmen, sondern die in ihr enthaltenen Wahrheiten in schöpferischer Weise entwickeln. Besonders weist das ungarische KP-Organ auf Maos Unterscheidung zwischen einer „zulässigen und unzulässigen Diskussion“ hin und kommt zu dem Schluß, die Rede Maos sei ein „vernichtender Schlag für die Befürworter revisionistischer Ansichten.“

Letzte Iller-Opfer geborgen

Bergungsarbeiten nach 18 Tagen abgeschlossen

Kempten/Allgäu (AP). Die letzten vier Opfer des Bundeswehrunglücks an der Iller, bei dem am 3. Juni 15 Rekruten ums Leben kamen, sind von Marinetauchern aus Kiel geborgen worden. Als letzter wurde der 19jährige Rudolf Weiss aus Tiengen bei Waldshut in dem Fluß in der Nähe der Schwarzenbach-Mühle gefunden.

Die seit 18 Tagen andauern-

den Such- und Bergungsarbeiten, an denen zeitweise bis zu 600 Soldaten gleichzeitig beteiligt waren, konnten damit eingestellt werden. Insgesamt waren weit über 1000 Soldaten der Bundeswehr, Angehörige der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und der Lebensrettungsgesellschaft sowie Taucher der Bundesmarine und der amerikanischen Armee bei der Aktion eingesetzt.

Protestwelle gegen Kadar-Terror

Auch kommunistische Intellektuelle lehnen Todesurteile ab

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Die Todesurteile, die in den letzten Tagen von ungarischen Gerichten u. a. gegen zwei Schriftsteller gefällt worden sind, haben eine Protestwelle in der gesamten freien Welt ausgelöst, der sich auch kommunistenfreundliche Intellektuelle angeschlossen haben.

Der Ausschuß für die im Europarat nicht vertretenen Nationen hat während seiner Tagung in Berlin die öffentliche Meinung der gesamten Welt aufgefordert, von den ungarischen Behörden eine Revision der Terrorurteile noch vor ihrer Vollstreckung zu fordern. Journalistenverbände der Bundesrepublik und Norwegens, die Sozialistische Partei Frankreichs sowie zahlreiche französische Dichter, Schriftsteller und Künstler, unter ihnen Jean Paul Sartre, Vercores und Pablo Picasso, haben Protesttelegramme an die ungarische Regierung gerichtet.

Erfreuliche Entwicklung

Peine (DPA). Die polnische Staatsanwaltschaft in Oppeln hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um die Verantwortlichen für den Tod von 7500 Deutschen, die kurz nach dem Kriege in dem polnischen Lager Lamsdorf bei Oppeln ums Leben

gekommen sind, festzustellen. Diese Mitteilung machte auf einem Heimattreffen der Vertriebenen Dr. Esser (Braunschweig), der die Interessen der letzten 200 überlebenden Deutschen dieses Lagers vertritt. Dr. Esser, der im Lager Lamsdorf als Arzt tätig war, bezeichnete diese Ermittlungen und Vernehmungen durch die polnische Staatsanwaltschaft als Zeichen einer erfreulichen Entwicklung zur Gerechtigkeit.

Konsolidierung der Bundeswehr

„Ruhepause“ beim Aufbau der Streitkräfte

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundeswehr befinde sich gegenwärtig in einem Stadium der Konsolidierung, erklärte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums zu Berichten, nach denen in der Inspektors-Konferenz unter Vorsitz von Bundesverteidigungsminister Strauß am vergangenen Wochenende

beschlossen worden sei, eine „Ruhepause“ beim Aufbau der Streitkräfte eintreten zu lassen. Über die bereits bestehenden oder geplanten Einheiten hinaus sei die Aufstellung weiterer Großverbände in diesem Jahr nicht mehr beabsichtigt. Der Schwerpunkt werde dann, wie es in den letzten Monaten wiederholt von maßgebenden Offizieren gefordert worden war, auf der Ausbildung der bestehenden Verbände und der Heranbildung des Offiziers- und Unteroffizierskorps liegen.

Einigung über Wissenschaftsrat

Bund und Länder kommen sich näher

Bonn (Eigenmeldung). Die Umrisse eines „Deutschen Wissenschaftsrates“, der nach Möglichkeit noch in diesem Sommer gebildet werden soll, zeichnen sich jetzt genauer ab. Der Rat soll langfristige Programme für die Förderung der Wissenschaften ausarbeiten, die dann die Grundlage für die staatliche Kulturpolitik auf diesem Gebiet bilden sollen. Der Bund und die Länder haben sich in diesen Tagen bei einer Besprechung in Bonn darüber geeinigt, daß die Behörden und die Wissenschaften in dem Rat über die gleiche Stimmenzahl verfügen sollen. Da die Länder darauf bestanden, daß jedes der elf Bundesländer einen Vertreter in den Wissenschaftsrat entsenden müsse, nimmt auch der Bund elf Stimmen in Anspruch. Die Wissenschaft wird somit über

22 Stimmen verfügen können. Über die Aufteilung dieser Stimmen wird in Kürze mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der westdeutschen Rektorenkonferenz und der Max-Planck-Gesellschaft verhandelt.

Nachdem die Bundesregierung sich schon damit einverstanden erklärt hatte, in diesem Jahr einen Betrag von rund 100 Mill. DM zu den kulturellen Aufgaben der Länder beizusteuern, ist in den jüngsten Gesprächen ein weiterer Bundesbeitrag von 20 Mill. DM genannt worden. Diese Summe soll in diesem Jahr und voraussichtlich auch in den kommenden Jahren für den Ausbau des Ingenieurschulwesens bereitgestellt werden, den man angesichts der technischen Entwicklung als eine der dringlichsten Aufgaben ansieht.

Sowjet-Angriff sehr unwahrscheinlich

Washington (AP). Als „höchst unwahrscheinlich, wenn nicht sogar unmöglich“, hat der NATO-Oberbefehlshaber General Norstad einen Angriff der Sowjetunion auf Westeuropa bezeichnet. Die Sowjets könnten auf Grund des Warnsystems und der Anordnung der NATO-Flugplätze nicht damit rechnen, die in Westeuropa stationierten Luftstreitkräfte durch einen Überraschungsangriff auszuschalten. Den in den USA und anderen Teilen der Welt stationierten Streitkräften verbleiben mehrere Stunden Zeit, einen vernichtenden Gegenschlag zu führen und alle wesentlichen militärischen Ziele der Sowjetunion auszuschalten.

Im Laufe der nächsten Monate sollen noch etwa 30 000 bis 40 000 Freiwillige einberufen werden. Mit ihnen wird die Gesamtstärke der Bundeswehr bis zum Jahresende 125 000 bis 135 000 Mann erreichen. Dann sollen neben drei Grenadierdivisionen, die dem NATO-Oberkommando am 1. Juli beschränkt verwendungsfähig gemeldet werden, zwei weitere Panzerdivisionen und eine kleinere Gebirgsjägerdivision 80 Prozent der Soll-Stärke erreicht haben und einsatzfähig sein. Einberufungen von Wehrpflichtigen sollen erst am 1. April 1953 wieder erfolgen. Erst zu dieser Zeit soll auch der Aufbau weiterer Heeresverbände und der ersten Kader der milizartigen Heimatverteidigungsorganisation beginnen.

So sind sie wirklich:

„Vater, leb‘ wohl...“

Es gehörte eine tüchtige Portion politischer Dummheit dazu, sich 1954 noch mit fast zehn Seiten Lyrik und Prosa in einem Stalin-Ruhmes- und -Gedenkband zu verewigen. Der SED-Schriftsteller Max Zimmering hat sich darum gerissen, sämtliche Lektoren des Ostberliner Aufbau-Verlages hat er darum beknielt. Nur, um seinen großen Stalin-Nachruf loszuwerden: „Vater, leb wohl...“

Ein Jahr später hätte er sein halbes Vermögen — es grenzt an eine Million Ostmark — darum gegeben, dies ungeschehen zu machen. Und heute freut er sich dessen wieder: Als Leiter einer sowjetzonalen Schriftstellerdelegation bereist er seit einigen Tagen die Sowjetunion, um Pankows Dichterbarden zum geistigen Erbe Stalins zurückzuführen. Im Hintergrund aber dümmert bereits die künftige Rolle dieser wandelbaren Dichterseelen herauf: Zimmering ist auf dem besten Wege, als künftiger Ministeriumsbeamter zum Sittenrichter der sowjetzonalen Literatur zu werden. Vorher aber schauen wir uns ihn einmal an...

Vom Vater geerbt

Max Zimmering wurde am 16. November 1909 in Pirna als Sohn eines Uhrmachers geboren. Mit der Dichtkunst kam er, wie er in seiner Lebensbiographie behauptet, durch seinen Vater in Berührung. Er entdeckte in einer alten Kommode die in Verse geschlagenen Liebesbriefe seines Vaters und versuchte, es diesem nachzutun. Aber erst 1928, als er in den Kommunistischen Jugendverband eintrat, wurde sein Talent beachtet. Er schrieb schwülstige Gedichte für die Provinzpresse der Partei und wurde zum Schrecken aller KP-Feuilletonredakteure. In seiner Parteibiographie steht darüber: „Vor 1933 schrieb er für die Arbeiterpresse!“

Nach 1933 war Zimmering in Frankreich, Palästina, der

MAX ZIMMERING



Tschechoslowakei, England und Australien. Wohlweislich vermied er es, sich zu seinem Moskauer „Vater“ zu begeben. Wegen des Palästina-Aufenthalts wäre er später — zuzeiten des Prager Slansky-Prozesses — fast über Bord gegangen. Die SED-Kunstkommission hatte ihn bereits als „Zionisten“ deklariert. Aber dann fuhr er rasch in die Sowjetunion, wo man ihn als harmlos und geheilt entließ.

Bei „Woolworth“ als Reklamedichter

Noch eine schöne Erinnerung hält uns die Parteibiographie von diesem Mann vor: Er war vor 1933 in Dresden Schaufensterdekorateur beim „Großkapitalisten“ Tietz, unter dessen besonderer Protektion er stand, und wenig später Reklamedichter im „Woolworth“-Konzern! In der englischen Emigration genoß er ohne sonderliche Skrupel die aus Amerika hereinkommenden Emigrantengelder und lehnte es zweimal aus Gesundheitsgründen — er war erkältet — ab, in die Sowjetunion überzusiedeln. In London redigierte er schließlich

die „Freie Deutsche Kultur“, ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinendes Blättchen mit verworrenen Kulturprogrammen für ein künftiges „nationalgeeeintes, antifaschistisches und moralisch gesundes Deutschland“.

1946 hatten ihn die Sachsen wieder. Als Kulturredakteur der Dresdner SED-Zeitung drohte er, in der Provinz zu verbleiben. Da übte er sich in emphatischen Lobgedichten auf Stalin und das Sowjetland, was ihm prompt den Vorsitz im Dresdner Schriftstellerverband eintrug. Fortan schrieb er auf Anforderung aller sowjetzonalen Rundfunkstationen parteijargon-geschwängerte Gedichte und Balladen: „Das Wort ‚Genosse‘, welch ein stolzes Wort! / Bei diesem Wort verblassen alle Titel. / Es reißt das Fremde sein, reißt die Trennung fort, / Ob du Minister bist, ob du im Arbeitskittel, / Man merkt's am Reim, das dies ein Dichter ist...“

Die Partei hat recht!

Es gibt kaum einen sowjetzonalen Schriftsteller, mit dem die Partei so übel umgesprungen ist wie mit Zimmering. Man hat ihn als West-Emigranten und Zionisten zu deklassieren versucht, man hat ihm ideologische Verirrungen vorgeworfen und unmoralischen Lebenswandel. Zimmering hat — es war sein Glück! — zu allem „ja“ gesagt und sich für die blödsinnigsten Anwürfe prompt bei der Partei entschuldigt. „Die Partei hat immer recht!“ wurde zu seinem politischen Leitmotiv. Andere haben das auch behauptet, er aber hat es in selbsterfleischender Einsicht bewiesen.

Wehe den sowjetzonalen Dichtern, wenn dieser Mann eines Tages eintritt in die Reihen der Kulturpápste der SED. Viel ist dort nicht mehr zu verderben, aber zum Fürchten wäre es doch!

So wurde „gewählt“!

Streiflichter aus dem großen Wahltheater der SED

Wochen zuvor hatten die Zeitungen und Rundfunkstationen der freien Welt berichtet, wie diese Wahl vonstatten gehen würde. Auch wir hatten in unserer letzten Ausgabe den Wahlgang genauestens beschrieben. Trotzdem standen Hunderttausende von Wahlberechtigten an diesem Sonntag fassungslos vor den kommunistischen Wahlvorständen und fragten, was nun mit diesem Stimmzettel geschehen solle. Es war grotesk: Man war absolut gefaßt auf einen großangelegten Wahlschwindel, aber als man es dann auf einmal selbst erlebte, war man wie vor den Kopf geschlagen! Die Leute fühlten sich plötzlich auf übelste Art geneppt, verhöhnt und überlistet. Diese „Wahl“ war das Gesprächsthema des Tages, bei dem man nicht mehr wußte, ob man lachen oder weinen sollte.

Viele glaubten, das könne sich nur bei ihnen, in ihrem Wahllokal so abgespielt haben. Aber: Es war in der gesamten Zone gleich! Kaum jemand hatte eine Wahlkabine benutzt, niemand versuchte, seinen Stimmzettel zu zerreißen, es war praktisch unmöglich, nach diesem Masseneinsatz von Wahlschleppern der Zwangsabstimmung fern zu bleiben.

Alle politischen Stellen des Westens hatten angesichts des offenen und des stillen Wahlterrors vor Widerstandshandlungen gewarnt. Nirgends wurden solche beobachtet. Selbst als politische Gegner stadtbekanntere Leute stimmten offen ab, ohne eine Miene zu verziehen. Jeder wußte vom anderen, was er darüber dachte. Unter diesen Umständen mag nur die SED selbst wissen, wie die wenigen „Nein“-Stimmen zustande gekommen sind. Der geistige Normalverbraucher sah keine Chance, gegen diese Einheitsliste zu stimmen.

„Geh mal in die Kabine!“

In Potsdam-Süd wurden mehr als 100 westdeutsche Besucher, zumeist KP-Mitglieder, herumgeführt, um das „Demokratische“ an diesen Wahlen zu studieren. Hier ließ man auch einige West-Journalisten, die die Einladung der sonst mit Einreisegenehmigungen geizenden SED-Behörden lockte, ein Wahllokal besichtigen. Prompt liefen zwei Mitglieder des Wohlvorstands hinaus, um sich einige wahlberechtigte FDJ-Mitglieder zu greifen: „Wenn ihr reinkommt, geht mit dem Zettel in die Wahlkabine! Damit die sehen, daß die auch benutzt werden dürfen!“ Die

Jungens waren so mäßig intelligent, daß sie zwar in die Kabine gingen, aber hinterher ihre Stimmzettel recht auffällig und offen dem Wahlleiter vorzeigten.

In Berlin - Oberschöneweide wurden die in der Sonntagschicht arbeitenden Dreher und Schlosser der großen VE-Betriebe von SED-Funktionären abgelöst und auf werkseigenen Lastwagen direkt zum Wahllokal gefahren. Sie gaben eine

Studenten „marschierten“

In Greifswald machten es die Studenten auf ähnliche Art. Sie marschierten in übertriebener forscher Art geschlossen vor das Wahllokal, zogen im Gänsemarsch zur Wahlurne und steckten ihre Zettel, ohne diese auch nur eines Blickes zu würdigen, in den Kasten. Jeder, der diese und andere Szenen erlebte, mußte die betonte Geste begreifen. Es war die einzige Widerstandshandlung, gegen die die massenhaft erschienenen SED - Funktionäre machtlos waren.

Die übrigen Wähler aber waren einfach fassungslos. Noch stundenlang saß man in den umliegenden Gastwirtschaften und debattierte ganz offen über dieses „Ereignis“. Und es gab viele SED-Mitglieder, die sich dazugesellten, um offen zu erklären: „Dieses Affentheater ist nicht in unserem Sinn!“

Es ist eine Tatsache, daß maßgebliche Zonenpolitiker den SED-Chef noch im letzten Augenblick umzustimmen versuchten, er möge — da an dem Ergebnis doch kaum etwas zu

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

hervorragende Schau: Jeder nahm den Zettel entgegen, ohne auch nur einen Blick darauf zu werfen, und drückte ihn den Wahlleiter in die Hand: „Da, steck rin!“

ändern sei — die Lächerlichkeit nicht überspitzen. Ulbrichts Angst war größer als seine politische und taktische Vernunft. Er verzichtete auf das letzte und allerkleinste demokratische Zugeständnis und verscherte sich somit selbst die Solidarität seiner eigenen Mitfunktionäre. Eines aber hat er dabei übersehen: Diese Wahlen fanden nicht in Bulgarien oder Rumänien statt, sondern in Deutschland, unter den Augen der westlichen und der östlichen Bevölkerung dieses Landes! Die SED wiederum hat ernsthaft erklärt, nur dies seien echte demokratische Wahlen!

Das hätte Ulbricht nicht tun dürfen. Nunmehr weiß jeder, der mit dem Gedanken eines „Gesprächs mit Pankow“ kokettiert haben mag, wie dann die „gesamtdeutschen Wahlen“ aussehen würden, über die Ulbricht nach vorangegangenen Verhandlungen mit sich reden lassen will. Diesen taktischen Fehler wiedergutzumachen, wird der SED in Jahren nicht gelingen!

Studenten sind gegen Reiseverbot

Hartnäckiger Widerstand gegen Pankows Maßnahmen

Berlin (AP/Eigenmeldung). Die SED-Presse berichtete aus verschiedenen Bezirken der Sowjetzone über hartnäckigen Widerstand von Studenten gegen das ihnen kürzlich auferlegte Reiseverbot in den Westen.

Wegen unverhüllter Ablehnung des Verbots sind nach einem Bericht der „Ostsee-Zeitung“ drei Studenten der Ostberliner Humboldt-Universität auf Betreiben der SED von der Oberschule Barth in Mecklenburg, an der sie ihr Berufspraktikum absolvierten, verwiesen worden. Die gemäßregelten Studenten — Germanisten des sechsten Semesters — wurden beschuldigt, die Oberschüler gegen die Politik der Sowjetzonenregierung aufgehetzt zu haben. Als „besonders aggressiv“ wurde der Student Wolfgang Juche bezeichnet. Ihm wurde zur Last gelegt, das Reiseverbot als „totalitär“ abgelehnt und den vor einigen Monaten zu längerer Freiheitsstrafe verurteilten Professor seiner Universität, Wolfgang Harich, als „großes Beispiel“ hingestellt zu haben. Die Humboldt-Universität wurde von der Schulleitung und der SED aufgefordert, Juche zu exmatriku-

lieren und für die anderen Studenten „Erziehungsmaßnahmen“ festzulegen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ machte am gleichen Tage die SED-Mitglieder der Veterinärmedizinischen Fakultät der Leipziger Universität dafür verantwortlich, daß im gesamten fünften Studienjahr „Liberalismus und Opportunismus“ herrschten. Diese Haltung habe sich darin geäußert, daß vom gesamten Studienjahr zwei Studenten verteidigt worden seien, die im Gespräch mit Studenten aus der Bundesrepublik eine „republikfeindliche Haltung“ eingenommen hätten.

Über lebhafteste Proteste von Studenten der Technischen Hochschule Dresden gegen das Reiseverbot berichtete ebenfalls der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen. Unter den Studenten kursierten Hunderte von handgeschriebenen Flugzetteln mit dem Wort „Protest“. Auf einer Studenterversammlung im Auditorium maximum wurde am gleichen Tage vielfach die Forderung nach Rücknahme des Reiseverbots erhoben. Die Versammlungsleitung ging auf dieses Verlangen nicht ein.

Ein Dorn im Auge

Die ungewöhnliche Beteiligung an den Internationalen Filmfestspielen in Berlin aus aller Welt ist, wie es vorauszusehen war, den Machthabern im Sowjetsektor ein Dorn im Auge. Die Pankower Regierung fürchtet — besonders durch die Neuregelung, daß auch Besucher aus dem Osten Karten zu den Festspielveranstaltungen im Verhältnis 1:1 erhalten können — eine „gefährliche Infiltration“ mit westlichem bzw. nicht kommunistisch ausgerichtetem Geist. So hat man rasch eine „kleine Festspielwoche“ in Ostberlin inszeniert, die einige zum Teil längst abgelaufene Streifen aus westlichen Bezirken in das magere, weltanschaulich festgelegte Programm eingeschaltet hat.

Aber auch die Sowjetunion selber ist verärgert, wie die Nachrichtenagentur TASS vorwurfsvoll feststellt. Sie behauptet, daß die Sowjetunion nicht rechtzeitig zur Teilnahme eingeladen worden sei. Das zeugt von einer — wenn auch gekränkten — Anerkennung der Internationalen Festspiele in Berlin. Die Frage, ob es richtig ist, offizielle Einladungen nach Moskau zu schicken, sollte sorgfältig diskutiert werden, wenn einmal die korrekten Voraussetzungen eines ehrlichen und echten Kulturaustausches geschaffen sind.

Wer stört eigentlich?

Fortsetzung von Seite 2

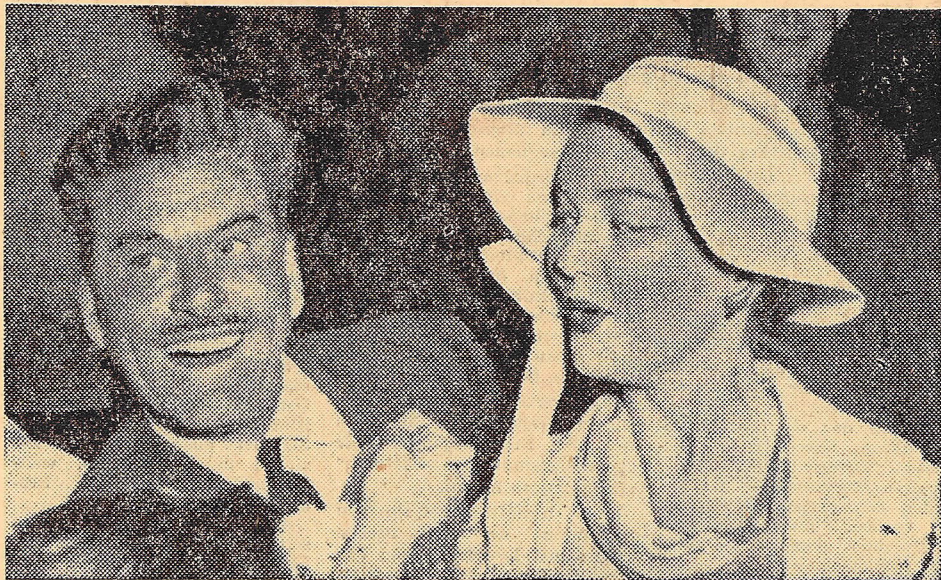
zeigt hat. Hier liegt die Wurzel des deutschen Festhaltens, des deutschen Festhalten m ü s s e n s an der Verpöpfung von Abrüstung und Wiedervereinigung. Zugleich ist dieses Junktim ein empfindlicher Punkt des deutschen Vertrauens zur westlichen Politik.

Auf den Versuch, die deutsche Hartnäckigkeit als „Störung“ zu verleumdern, können wir ruhigen Gewissens mit der Gegenfrage antworten, ob der Dieb oder der Bestohlene den Frieden stört. Nicht die deutsche Politik enthält einem sowjetischen Volks- und Landesteil die natürlichen Rechte vor, sondern die Sowjetpolitik dem deutschen Volk.

Das Beharren auf dem Willen unseres Volkes, in Einheit und Freiheit sein Leben zu gestalten, ist keine Störung, sondern ein unabdingbares Grundrecht.

Was das Geschick angeht, mit dem Deutschland dieses Recht geltend machen muß, so gehört dazu insbesondere auch Elastizität gegenüber neuen Möglichkeiten einer Lockerung in Mitteleuropa, die sich in der internationalen Diskussion abzeichnen, zum Beispiel durch Abzug ausländischer Truppen, durch militärisch verdünnte Zonen und dergleichen. Der soeben vereinbarte Abzug der amerikanischen Landtruppen aus Japan hat ganz andere Verhältnisse als Grundlage; die Sowjets sind

dort nicht im Spiel. In Europa sind solche Möglichkeiten noch reine Theorie, und es könnte ihr arg mißdeutet werden, würde sich die Bundesregierung vorzeitig in die Diskussion konkret einschalten. Die sorgenvolle Bemerkung der Londoner „Times“ über deutsche Außenpolitik war in dieser Hinsicht aufschlußreich genug. Aber in absehbarer Zeit wird auf uns die Frage zukommen, was vom deutschen Standpunkt aus für möglich gehalten wird. Und es gibt natürlich mancherlei Möglichkeiten, wenn sie mit der Aussicht auf ein vereinigt freies Deutschland geprüft werden können. Letzten Endes wollen wir Deutsche für Gesamtdeutschland nur nicht weniger Sicherheit als alle anderen Völker für sich auch.



DIE WOCHE IN WEST- UND OSTBERLIN. Oben: Filmfestspiele im freiheitlichen Sektor. Aus aller Welt kamen prominente Stars nach Berlin. Hier: Errol Flynn mit seiner Gattin Patricia Wymore. — Unten: Im Gleichschritt zur „Wahl“, und die Fahnen flattern voran. Die Hausgemeinschaft Stalinallee 251 im „demokratischen Sektor“ auf dem Wege zur Stimmabgabe.

